



Weißbuch der Kommission über eine europäische Kommunikationspolitik

Mit dem am 1. Februar 2006 vorgelegten Weißbuch Kommunikation will die Kommission die Kluft zwischen den Bürgern und Europa überbrücken, zu einer lebendigen und offenen Diskussion ermuntern und Europa bürgernah präsentieren. Die Kommission knüpft an ihren sog. Plan D an, der helfen soll, einen Weg aus der derzeitigen Krise der EU zu weisen und identifiziert als Schlüsselakteure für eine verbesserte Kommunikation neben den EU-Institutionen die nationalen, regionalen und lokalen Behörden der Mitgliedstaaten, die politischen Parteien und die Zivilgesellschaft. Nationale Parlamente spielen im Weißbuch zur Kommunikation keine Rolle.

Das Weißbuch, dem ausnahmsweise kein Grünbuch vorangestellt wurde, nimmt einen Aktionsplan von 2005 auf, in dem die Kommission bereits konkrete Maßnahmen benannt hatte, darunter eine Stärkung ihrer Vertretungen, eine bürgernahe Sprache und mehr Anlaufstellen für Bürger sowie den „Plan D für Demokratie, Dialog und Diskussion“, mit dem die Kommission nach den gescheiterten Referenden über den Verfassungsvertrag in Frankreich und den Niederlanden zu einer Wiederbelebung der Diskussion über Europa beitragen will.

Das nun vorgelegte Weißbuch sieht bis Juli 2006 eine Konsultationsphase vor, innerhalb derer die Kommission Ideen zu einer optimalen Kommunikation sammeln will und schlägt gleichzeitig eine Reihe von Maßnahmen und Aktionen vor, mit denen sie Europa präsent machen will. Neben vielen, sehr allgemein gehaltenen Umschreibungen enthält das Weißbuch, das nun zur Konsultation ausliegt, eine Reihe konkreter Vorschläge und Aufforderungen an die Mitgliedstaaten, bestimmte Maßnahmen zu unterstützen und zu fördern.

Dialog soll die bislang aus Sicht der Kommission einseitige Vermittlung von Europawissen ersetzen, verstärktes dezentrales Engagement soll Europa beim Wähler sichtbar machen und Kommunikation als eigenständige Politik betrieben werden. Die Kommission will eine „europäische öffentliche Sphäre“ schaffen und den bestehenden nationalen Blickwinkel der Bürger erweitern auf eine „gesamteuropäische politische Kultur“.

Fürs Erste hat die Kommission dazu fünf Bereiche ermittelt, in denen sie partnerschaftlich und gemeinsam mit den EU-Institutionen, den Behörden auf allen Ebenen und der Zivilgesellschaft zusammenarbeiten will:

Für die Information und Kommunikation über europäische Themen stellt sich die Kommission freiwillig eingegangene **gemeinsame Grundsätze und Standards** vor, die – so ein Vorschlag – in einer Europäischen Charta oder einem Europäischen Verhaltenskodex niedergelegt sein könnten. Um zu erfahren, wie die Bürger darüber denken, will die Kommission ein webgestütztes Bürgerforum einrichten, öffentliche Diskussionen veranstalten und sich mit den Schlüsselakteuren austauschen.

Mit dem Ziel, die Rolle des Bürgers zu stärken, soll die **politische Bildung** verbessert werden. Die EU-Institutionen sollen serviceorientierter arbeiten, offen und zugänglich sein. In EU-Programmen wie Leonardo da Vinci, Erasmus, Sokrates und Jugend in Aktion sieht die Kommission bereits bestehende und erfolgreiche Beiträge. Das Europäische Parlament habe – darauf verweist die Kommission an dieser Stelle – Transparenz zum Leitmotiv gemacht, der Rat wolle im legislativen Bereich vermehrt öffentlich tagen und die Kommission selbst habe Mindeststandards für Konsultationen eingeführt. Konkret stellt sich die Kommission vor, den Austausch verbindlicher Verfahren zu stärken und die Entwicklung gemeinsamer Unterrichtsmaterialien zu unterstützen. Die Umgestaltung von Bibliotheken in digital vernetzte europäische Büchereien und

damit auch in Lernzentren soll Bürgern einen kostenlosen Zugang zu Informationstechnologien ermöglichen. Auf Web-Seiten und in online-Foren sollen virtuelle Treffpunkte angeboten werden und ergänzend zu Parlamentsdebatten im EP sollen die EU-Institutionen gemeinsame und öffentliche Debatten veranstalten.

Naturgemäß setzt die Kommission einen Schwerpunkt bei der **Zusammenarbeit mit den Medien und der Nutzung neuer Technologien**. Vermittels der Medien und eines wünschenswerten Engagements nationaler und lokaler Politiker soll der lokale Bezug zu Europa verstärkt kommuniziert werden. Die Kommission ermuntert dazu die Behörden auf allen Ebenen, den Medien hochwertiges Nachrichtenmaterial zur Verfügung zu stellen, die Zusammenarbeit mit Rundfunkanstalten und Medienunternehmen zu vertiefen und zu einem „proaktiven“ Einsatz neuer Technologien zu finden. Neben der Ausarbeitung eines europäischen Fortbildungsprogramms für Bedienstete auch der nationalen Behörden steht der Ausbau des Senders Europe by Satellite und damit bessere Kommunikationsinstrumente und -kapazitäten auf der Vorschlagsliste aus Brüssel.

Um dem Bürger besser zuzuhören, regt die Kommission eine verbesserte Zusammenarbeit im Vorfeld von **Eurobarometerumfragen** an und darüber hinaus ein Netzwerk nationaler Meinungsforscher bis hin zur Einrichtung eines unabhängigen Europäischen Meinungsforschungsinstituts, in dem sich Ressourcen sowohl der EU-Institutionen wie der Mitgliedstaaten bündeln ließen.

An die Schlüsselakteure richtet die Kommission abschließend die Aufforderung, langfristig mit den EU-Institutionen zusammen zu arbeiten mit dem Ziel, die Politiken und Programme besser zu vermitteln. Die Kommission regt öffentliche und parlamentarische Debatten etwa über ihre jährlichen strategischen Prioritäten an. Wo die EU und die Mitgliedstaaten parallel tätig sind, könnte die Zusammenarbeit in Form von Verwaltungs-

partnerschaften nach dem Muster der mit deutschen Behörden bestehenden Vereinbarungen oder operativ durch die Zusammenarbeit mit europäischen Netzen oder dem *Europe Direct-Netzwerk* gestaltet werden. Auch im Rundfunk übertragene Gespräche zwischen Mitgliedern der nationalen Regierung und Mitgliedern der Kommission hat Letztere im Blick um die Kommunikation zu fördern. Die Einführung einer neuen, strukturierten Form der Zusammenarbeit der für öffentliche Kommunikation zuständigen Behörden bis hin zu verstärkten Kapazitäten im „diplomatischen Bereich“ sollen ebenfalls helfen.

Die EU-Institutionen, insbesondere EP und Kommission, sollen nach den im Weißbuch niedergelegten Vorstellungen verstärkt koordiniert arbeiten. Bestehende Arbeitsvereinbarungen im Rahmen der Interinstitutionellen Gruppe „Information“ könnten überarbeitet und aus den PRINCE-Haushaltlinien finanzierte Projekte überprüft werden. Über den Wirtschafts- und Sozialausschuss sowie mit dem Ausschuss der Regionen (mit beiden hat die Kommission Kooperationsprotokolle vereinbart) sollen Debatten auf regionaler und lokaler Ebene intensiviert werden.

Die politischen Parteien schließlich sollten – so die Vorstellung der Brüsseler Vertragshüter – ermutigt werden, europapolitische Komponenten in ihre Parteiprogramme aufzunehmen, und auch die Zivilgesellschaft sei durch gezielte Kooperationsprogramme zu stärken.

Verfahren

Die Konsultationsfrist ist angelaufen. Ob insbesondere die medienpolitischen Vorstellungen der Kommission auf ungeteilte Sympathie stoßen, darf bezweifelt werden. Kritik ganz grundsätzlicher Art an der von den Inhalten abgekoppelten Diskussion über die Strategie der Kommunikation ist ebenfalls geäußert worden.

Nationale Parlamente werden nicht erwähnt. Sie spielen im Weißbuch über die Kommunikation mit dem Bürger so gut wie keine Rolle.

Quellen:

- Weißbuch über eine Europäische Kommunikationspolitik vom 1. Februar 2006, KOM (2006) 35 endg.
- Neue Europäische Kommunikation: Vertrauensbildung oder Manipulation?, europa-digital vom 02.02.2006

Heike Baddenhausen; Fachbereich XII – Europa, Tel.: 227-33614, E-mail: vorzimmer.wf12g@bundestag.de